

Andreas Gruschke

Dimensionen kultureller Sicherheit am Beispiel Chinas*

Die Außenwahrnehmung Chinas ist in den vergangenen drei Jahrzehnten im Wesentlichen durch seine rasante, ohne Zweifel beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung bestimmt worden. Was aus dieser Perspektive häufig wenig zur Geltung kommt, ist die Eigenwahrnehmung des Reiches der Mitte als einer 5000-jährigen Kulturnation mit kontinuierlicher Geschichtsschreibung mit der Konsequenz eines ausgesprochen starken Sinns für die eigene Identität und deren territorialem Bezug. Dabei ist das Riesenvolk alles andere als homogen. Die kulturelle und ethnische Vielfalt Chinas wurde schon mit Gründung der Volksrepublik China anerkannt, dabei aber stets betont, dass diese Vielfalt der nationalen Einheit untergeordnet werden muss.¹ Kultureller Reichtum und überragende Wirtschaftskraft sind somit zwei tragende Pfeiler und paradigmatische Pole des heutigen China. Die schiere Größe des Landes zieht eine naturräumliche Heterogenität nach sich, die sich zum einen in einem spannenden Völkermosaik widerspiegelt, zum anderen in großen wirtschaftlichen Disparitäten. Letztere rufen die chinesische Zentralregierung auf den Plan, die sich seit der Jahrtausendwende bemüht, die wirtschaftlich benachteiligten Gebiete des Landes durch von massivem Kapitaleinsatz gekennzeichnete Interventionen an den Früchten der Entwicklung zu beteiligen. Auffällig an den Entwicklungsmaßnahmen in China ist bislang, dass staatliche Planer und Entscheidungsträger kulturelle Fragen, insbesondere kulturelle Identität und deren Besonderheiten, weder als wichtige Voraussetzung noch überhaupt als förderlich für eine nachhaltige Entwicklung in Betracht ziehen. Viele Kader scheinen ethnische Unterschiede sogar als Hindernis für eine stetige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu betrachten. Kulturelle Vielfalt wird lediglich unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet und verwendet, z. B. durch die Monopolisierung und Privatisierung touristischer Ressourcen, über die durch Immobilienprojekte und Spekulation große Gewinne abgeschöpft werden (ZENG/RYAN 2012: 243). Dem Schutz dessen, was als Grundgut (*basic commodity*) für die Entwicklung ethnischer Kulturregionen gilt, nämlich schwer fassbare immaterielle Charakteristika ethnischer Gruppen, wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ausgangspunkt dieses Beitrags ist, dass Kultur in ihren verschiedenen Ausdrucksformen keine bloße „Ware“ oder *commodity* ist. Darüber hinaus stellt sie auch kein Hemmnis dar, das es für eine angemessene wirtschaftliche Entwicklung erst zu überwinden gilt. Kulturelle Identität und mit ihr die Werte,

* Die Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichten Feldforschungen und Interviews, die durch das China's National 985 Project und das Sichuan University Project No. Skqy201306 finanziell unterstützt wurden. Astrid Zimmermann von der School of Tourism der Sichuan University möchte ich für ihre zahlreichen wertvollen Anregungen danken.

¹ Gemäß der Konzeption Chinas als eines Vielvölkerstaats umfasst die Nation neben dem Mehrheitsvolk der Han-Chinesen 55 sogenannte nationale Minderheiten, d. h. ethnische Gruppen. Schon in den Verfassungen der Volksrepublik China von 1954 und 1975 heißt es, das Land sei „ein einheitlicher Nationalitätenstaat“ (vgl. Verfassung 1954, Art. 3; Verfassung 1975, Art. 4), in der Präambel der Verfassung von 1982 (S. 7) heißt es darüber hinaus: „ein einheitlicher Nationalitätenstaat, der von den Volksmassen aller Nationalitäten des Landes gemeinsam gegründet worden ist“ (HÄBERLE 1984: 424).

Symbole und verschiedenen Formen ihres Ausdrucks sind das Fundament für jede Art von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Im Fall einer Minderheitenkultur braucht es daher besonderen Schutz und Förderung. So wie Ackerbau auf das Vorhandensein von Landfläche angewiesen ist, sind die jeweils eigene Kultur, ihre Normen und Werte, die nicht sichtbare Basis der von ihr geprägten Menschen. Diese treffen ihre Entscheidungen mit Blick auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und Chancen innerhalb ihrer kulturellen Rahmenbedingungen und Prägungen. Beides steht in enger Beziehung zueinander, woraus ein für die jeweilige Gruppe spezifischer Erfahrungsschatz hervorgeht. Im Folgenden sollen unterschiedliche Perspektiven aufzeigen, dass kulturelle Sicherheit sowohl die Grundlage darstellt als auch weitere Möglichkeiten dafür bietet, lokale wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nachhaltiger zu gestalten. Das wiederum hat wichtige positive Konsequenzen für die soziale und politische Stabilität einer Region. Der Schwerpunkt der Beispiele wird dabei auf den westlichen Regionen Chinas liegen, wo vor allem die kulturell sehr differierten muslimischen Uiguren und die buddhistischen Tibeter von Staat und Mehrheitsgesellschaft häufig als potenzielle Unruhestifter gesehen werden. Deren Loyalität soll durch massive wirtschaftliche Entwicklung gewonnen werden. Doch trotz der steten Beteuerungen, dass deren spezifische kulturelle Bedürfnisse berücksichtigt werden sollen (Verfassung 2004, Art. 4), geraten diese zunehmend unter Druck.

Kulturelle Sicherheit und kulturelle Inklusion

Der Begriff der kulturellen Sicherheit fand als ein vielseitiger Begriff innerhalb der Sozialwissenschaften erst in jüngerer Zeit wieder gehäuft Verwendung;² kulturelle Inklusion erscheint noch wenig verbreitet. Bis dato war in außenpolitischen Kontexten von kultureller Sicherheit die Rede, wenn beispielsweise Nationalstaaten aufgrund der Vereinheitlichungstendenzen der Globalisierung in internationalen Handelsabkommen auf Ausnahmeregelungen im kulturellen Bereich drängten (BÉLANGER 1999) oder aber wenn im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten die Plünderung oder Zerstörung kulturellen Erbes thematisiert wurde (NEMETH 2015). Auf innenpolitischer Ebene zielt der Begriff im Zusammenhang von als bedroht wahrgenommener kultureller Identität auf den Minderheitenschutz ab, wie im Fall der eingeborenen Völker in Australien (DHCS 2001; GOODA 2011; OAHPE 2016) und der Tibeter in China³ (GRUNFELD 2008 und 2015), aber besonders auch in der islamischen Welt (FORSTNER 1999) und schließlich in einem von verstärkter Zuwanderung betroffenen Deutschland und Europa. NEMETH (2015) bezieht kulturelle Sicherheit im Kontext interkultureller Konflikte auf die greifbaren Aspekte von Kultur: das materielle Kulturerbe. Er thematisiert, wie der Missbrauch von Kunst und Antiquitäten im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte sich allmählich aus der Kriegsbeute zu einem Mittel terroristischer Kriegsführung gewandelt hat, das darauf abzielt, das kulturelle Erbe des „Ander(sartigen)“ auszulöschen. Im Gegensatz zu den Kriegszerstörungen und Plünderungen der vergangenen Jahrtausende

² Nach NEMETH (2013, Kommentar 1) war *cultural security* knapp ein Jahrhundert lang gebräuchlich. Mit seinem ersten Auftreten im Jahr 1916 fand der Terminus ab 1930 immer häufiger Verwendung. Am stärksten sei er 1944 verbreitet gewesen, dann ging der Gebrauch ab 1951 zurück, um mit der Jahrtausendwende wieder vermehrt benutzt zu werden.

³ Siehe den Abschnitt „Ist kulturelle Sicherheit in China ein Thema?“.

hat das Wachstum des Kunstmarkts der letzten 50 Jahre neuartige Formen des Missbrauchs kulturellen Erbes hervorgebracht. Zwar hat ein seit dem 2. Weltkrieg gewachsenes internationales Bewusstsein zur Erkenntnis geführt, welche Bedrohung bewaffnete Konflikte und Plündereien für das kulturelle Erbe darstellen, doch illegaler Kunsthandel und der politische Umgang mit Kulturgütern sind Werkzeug sowohl für das organisierte Verbrechen als auch für ultranationalistische Staaten geworden. Das daraus entstandene Problemfeld an der Schnittstelle von Kulturbesitz, Außenpolitik und nationaler Sicherheit sei, so Nemeth, die kulturelle Sicherheit, die er in diesem Sinne jedoch ausschließlich auf Materielles bezieht. Dem materiellen Ausverkauf folgt der ideelle. War die Zerstörung kulturellen Erbes zunächst mit Gewalt gegen Ethnizität oder Religion verbunden, was die Betroffenen auch unmittelbar gefährdete, ist kulturelle Sicherheit nun zunehmend darauf bezogen, in welchem Ausmaß Individuen sich in ihrer kulturellen Identität bedroht fühlen oder nicht. Entsprechend wurde dem Kulturerbe vom Generaldirektor der UNESCO eine relevante Rolle für die internationale Sicherheit zugesprochen (NEMETH 2013). Als roter Faden taucht der Ruf nach kultureller Sicherheit demgemäß nun dort auf, wo Menschen glauben, dass ihre kulturelle Identität angesichts von Modernisierung und Globalisierung zunehmend bedroht sei. Nach FORSTNER (1999: 95) verbinden arabische Denker damit die Forderung, dass die eigene Kultur nicht durch den westlichen Medien-Kulturimperialismus in Frage gestellt werden dürfe. Die Frage nach der kulturellen Sicherheit ist damit von der Ebene der unmittelbaren physischen Bedrohung, z. B. in Konflikten, auf die abstraktere Ebene der Auseinandersetzung in den Medien und im gesellschaftlichen Diskurs gerückt. Damit wird dieser nicht mehr nur von ethnischen, sprachlichen oder anderen Minderheitengruppen aufgegriffen, sondern auch von Teilen der Mehrheitsgesellschaft benutzt, die entsprechende Inhalte politisch formuliert, wie folgendes Beispiel zeigt:

Vertrautes schwindet oder erscheint gefährdet. Die breite Mehrheit der Menschen aber sucht Vertrautes im Alltag. Wenn das Vertraute verschwindet, schafft das Verunsicherung und Ängste. [...] Neben der inneren und der sozialen Sicherheit ist deshalb kulturelle Sicherheit zur politischen Herausforderung und ihre Gewährleistung zur politischen Aufgabe geworden. [...] Kulturelle Sicherheit ist ein anderer Begriff für Heimat. Denn Heimat heißt geistige Übereinstimmung in vertrauter Umgebung: Unter freien Menschen kann geistige Übereinstimmung nicht organisiert werden. Dagegen ist die Wahrung vertrauter Umgebung notwendig Gegenstand politischer Verantwortung. Vertraute Umgebung wird gebildet durch Landschaft, Stadt- bzw. Ortsbild und Straßenbild. (Senioren-Union 2016)

Selbst wenn diese Argumentation der Mehrheitsgesellschaft entstammt, zeigt sie gleichwohl, dass ihr ein Gefühl des Bedrängtseins, der Bedrohung, zugrunde liegt, das nach den Maßstäben Anderer nicht immer nachvollziehbar ist. Entsprechendes gilt erst recht für ethnische und religiöse Minderheitengruppen, die in der Regel stärker exponiert sind und im Mainstream daher oft auf weniger Verständnis treffen. Die Ansprüche, die sie jeweils haben, um sich kulturell sicher zu fühlen, sind hierbei jedoch meist die gleichen. Den angeführten Bezugnahmen auf kulturelle Sicherheit ist tendenziell gemeinsam, dass sie auf Abgrenzung zielen. Auf diese Weise wird kulturelle Sicherheit von ihnen jedoch nicht definiert. Vielmehr wird durch entsprechende Aussagen impliziert, dass die eigene Kultur durch Einflüsse, Bedrohungen, Wirkungen usw. von außen – durch „Anderer“ – gefährdet sei, kulturelle Sicherheit mithin nicht bestehe. In der Mehrheitsgesellschaft führt dies regelmäßig zum Versuch der Ausgrenzung von „Anderen“,

während Minderheiten sich als Gruppe nach innen abzugrenzen versuchen: „Wir sind so und anders“.

Wir wollen hier kulturelle Sicherheit hingegen konstruktiv angehen und beleuchten: Was kann überhaupt als kulturelle Sicherheit aufgefasst werden, wodurch wird sie geschaffen, welche positiven Wirkungen kann sie nach sich ziehen? In Australien fand der Begriff kulturelle Sicherheit anfangs dann Verwendung, wenn zur Sprache kam, dass die Modernisierung die Lebensweise der Aborigines bedrohe (NEMETH 2013). Heutzutage aber steht sie im öffentlichen Dienstleistungs-, insbesondere Gesundheitssektor für

die Verpflichtung zum Grundsatz, dass Aufbau und die Bereitstellung von Dienstleistungen im Gesundheitssystem die legitimen kulturellen Rechte, Werte und Erwartungen der Aborigines nicht beeinträchtigt. Sie bedeutet eine Anerkennung, Wertschätzung und Reaktion auf den Einfluss der kulturellen Vielfalt auf die Nutzung und Bereitstellung einer effektiven klinischen Versorgung, eines Gesundheitswesens und dessen Verwaltung.⁴ (Department of Health/Gov. of Western Australia 2003: 2–3)⁵

Hier erscheint kulturelle Sicherheit als ein Weg zur Überwindung von Ausgrenzung und öffnet damit die Tür zur Inklusion betroffener Gruppen. Demgemäß soll hier neben der kulturellen Sicherheit ein zweiter Begriff Anwendung finden: derjenige der kulturellen Inklusion. Beide sehen wir als eng miteinander verflochten an, gleichwohl aber nicht als synonym.

Von kultureller Sicherheit zur Inklusion?

Grundsätzlich umschreibt die kulturelle Sicherheit eine existenzielle Situation, die es sowohl Individuen als auch lokalen Gruppen – nämlich indigenen, aber auch nicht-ethnischen Minderheiten – erlaubt, ihr Leben nach Bräuchen und Praktiken zu leben, die durch eine gemeinsame Tradition und die daraus resultierenden Entwicklungen geprägt und durch ihren eigenen Willen bestimmt sind. Da es keine zeitliche Begrenzung für die Gültigkeit solcher Sitten und Gebräuche gibt, ist kulturelle Sicherheit nur dann gegeben, wenn diese existenzielle Situation auf Dauer besteht. Gleichwohl sind die kulturellen Praktiken Veränderungen unterworfen, doch bei gegebener kultureller Sicherheit werden Politik und Gesellschaft zuverlässige Rahmenbedingungen ermöglichen, solche Veränderungen unter Bedingungen der Selbstbestimmung oder Autonomie zu vollziehen. Wenn Individuen und Gruppen nicht nur die Möglichkeit haben, ihre Tradition fortzusetzen, um sich auszudrücken und nach ihren Werten zu leben, sondern auch ihre Praktiken leben können, mag objektiv betrachtet kulturelle Sicherheit vorliegen. Von besonderer Wichtigkeit aber ist, vor allem für ihr eigenes Empfinden, dass die Betroffenen bei alledem keinem äußeren Druck ausgesetzt sind und dass diese positive Lebenslage auf Dauer angelegt ist.

⁴ Die Übersetzung dieses und sämtlicher weiterer englischsprachiger Zitate erfolgte durch den Verfasser dieses Artikels.

⁵ Auch im Northern Territory und anderen Bundesstaaten Australiens wird kulturelle Sicherheit in gleicher Weise interpretiert (vgl. OAHPE 2016: 5 und DHCS 2001).

Kultureller Wandel findet dabei statt, ist aber selbst initiiert. Kulturelle Sicherheit hat somit eine äußere und eine innere Dimension. Die äußere betrachtet die Lebensumstände, d. h. ob diese objektiv gesehen günstige Voraussetzungen für kulturelle Selbstbestimmung aufweisen, während die innere auf Individuen bzw. gesellschaftliche Gruppen bezogen ist und deren subjektives Empfinden heranzieht. Die innere Dimension der kulturellen Sicherheit ist damit in hohem Maße nicht nur davon abhängig, wie die existenzielle Situation objektiv betrachtet erscheint, sondern ob die vergangenen, gegenwärtigen und potenziell auch zukünftigen Kontexte den betroffenen Menschen tatsächlich ein Gefühl von Sicherheit vermitteln. Hierfür sind geschichtliche Erfahrungen ebenso relevant wie der in der Gesellschaft aufgebrachte Respekt, die gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen und wie zuverlässig und dauerhaft diese angelegt sind. Somit kann auf keinen Fall von kultureller Sicherheit gesprochen werden, nur weil ein Staat sich bemüht, das architektonische Erbe einer Gruppe zu schützen⁶ oder wenn Tänze und Liedgut im Rahmen touristischer Entwicklung gefördert werden.

In der heutigen Zeit sehen sich industrielle und ökonomisch vitale Gesellschaften und die ihr zugehörigen politischen Systeme zunehmend mit Fragen konfrontiert, die bestimmte kulturelle Kontexte, vor allem im Zusammenhang mit religiösen Fundamentalisten, als Gefahr für Staat und Gesellschaft erscheinen lassen. Der in diesem Zusammenhang auftauchende Begriff der Sicherheit suggeriert nun aber andere Fragen, die von kulturellen Charakteristika ablenken oder wegführen. Dies wiederum führt dazu, dass der Begriff der Sicherheit (*security*) staatspolitisch konnotiert ist und in autoritär geprägten Regimen hochsensible Reaktionen hervorruft, welche für die Beschäftigung mit kultureller Sicherheit kontraproduktiv sein können. Aus diesem Grunde wurde beim ersten Symposium zu kultureller Sicherheit in Freiburg im August 2015⁷ als Alternative zum Begriff der kulturellen Sicherheit derjenige der kulturellen Inklusion (*cultural inclusion*) diskutiert, da jener kontextuell zumeist mit Konfliktsituationen und -regionen und ursprünglich mit dem (unzureichenden) Schutz kultureller Artefakte („Antiquitäten“) verknüpft war. Da moderne Gesellschaften inzwischen jedoch zunehmend begreifen, dass der Schutz des kulturellen Erbes von Gruppen (von Minderheiten ebenso wie Angehörigen der Mehrheit) eines holistischen Ansatzes bedarf, soll dieser Terminus kulturelle Inklusion darauf hinweisen, dass es nicht allein um gesetzlich verankerte Schutzmaßnahmen geht, welche „die Geschützten“ passiv erleben. Vielmehr müssen Maßnahmen und Verpflichtungen geeignet sein, ein Umfeld zu schaffen, in welchem solche Gruppen sich in ihrer kulturellen Identität respektiert und diese auf lange Sicht gewahrt sehen. Da Kultur jedoch nicht als etwas Statisches, sondern stets im Wandel Befindliches angesehen werden muss, ist es von Bedeutung, dass die Menschen Kontrolle über ihre eigene Kultur und deren Wandel haben, d. h. dass auch die entsprechenden Veränderungsprozesse als selbstbestimmt erlebt werden.

⁶ Bei solcherlei Maßnahmen ist es wichtig, ob die betreffende Gruppe bei der Abstimmung der Schutzmaßnahmen einbezogen wurde, in welcher Art und zu wessen Nutzen diese Maßnahmen durchgeführt wurden.

⁷ First International Symposium on Cultural Inclusion (ISCI 2015): Cultural Inclusion in China and the World. Interrelations between the protection of cultural identity, social development and political stability. Freiburg im Breisgau, 27.–29. August 2015. Internet: www.isci-2015.de/?page_id=53, [20.02.2017].

Nun ist Inklusion ein Terminus, der zunächst in ganz anderen gesellschaftlichen Bereichen eingeführt wurde, und zwar ursprünglich als eine sozialpolitische Richtlinie, der es allen Kindern unabhängig von ihrer Begabung ermöglichen sollte, sich in Klassengemeinschaften zu integrieren und so Teil ihrer Schulgemeinschaft zu werden: „Die Forderung nach sozialer Inklusion gilt demnach als verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird“ und er ausreichend Gelegenheit hat, in vollem Umfang bzw. nach seinen Wünschen an ihr teilzuhaben.⁸ Dabei steht außer Frage, dass im Rahmen der sozialen Inklusion Unterschiede und Abweichungen auftreten, doch wird ihnen im Rahmen des Möglichen wenig oder keine Bedeutung beigemessen: Ihre Existenz sollte von der Gesellschaft weder in Frage gestellt noch als Besonderheit angesehen werden. Auf diese Weise soll durch Inklusion die Gleichwertigkeit von Individuen festgestellt werden, ohne dass spezifische Bedingungen als Normalität angesehen werden. Vielmehr wird auf diese Weise sichergestellt, dass die durch das Vorhandensein von Unterschieden existierende Vielfalt als normal betrachtet wird und dem Individuum zugemutet wird, sich ihm nicht erfüllbaren Normen zu unterwerfen. Tatsächlich soll die Inklusion gesellschaftliche Strukturen und Bedingungen schaffen, die es Individuen oder Gruppen ermöglichen, sich mit ihren Besonderheiten einzubringen und auf die ihnen eigene Art wertvolle Beiträge zu leisten. Außer physischen sollen also vor allen Dingen auch Barrieren im übertragenen Sinn abgebaut werden. Inklusion ist nicht nur gesamtgesellschaftlich relevant, sondern hat als Handlungsrahmen auch in Firmen und sonstigen Organisationen an Bedeutung gewonnen. Dort soll diese Praxis unter anderem gewährleisten, dass sich ihre Mitglieder über und durch ihre Arbeit für gemeinsame Ziele engagieren, sich mit deren Zielvorstellungen verbunden fühlen und so ein angemessenes Zugehörigkeitsgefühl (*corporate identity*) entwickeln.

Nach MILLER/ KATZ (2002) bedeutet Inklusion entsprechend ein Gefühl der Zugehörigkeit: sich respektiert zu fühlen, wertgeschätzt als derjenige, der man ist und von anderen ein gewisses Maß an Unterstützung und Verbindlichkeit zu erlangen, um seine Arbeit am besten machen zu können.

Inklusion ist eine Veränderung in der Organisationskultur. Der Prozess der Inklusion richtet sich an jedes Individuum und gibt den Menschen das Gefühl, dass sie als ein für den Erfolg der Organisation wichtiger Teil geschätzt werden. So entwickeln Individuen bei der Arbeit ihre volle Leistungsfähigkeit, fühlen sich mehr wertgeschätzt und in das Aufgabenfeld ihrer Organisation eingebunden. Diese Veränderung in der Organisationskultur schafft Organisationen von größerer Effizienz mit steigender Motivation und Moral. (EBD.)

Als Schlüsselemente der Inklusion werden in Firmen demgemäß folgende Faktoren angesehen:

- andere in Team-Arbeits- und kreative Prozesse aktiv einzubinden, um individuelle und kollektive Beiträge zu maximieren;

⁸ Grundlage dieses Definitionstextes ist der deutsche Wikipedia-Eintrag „Soziale Inklusion“ ([https://de.wikipedia.org/wiki/Inklusion_\(Soziologie\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Inklusion_(Soziologie)) vom 20.11.2016), der in zahllosen Internetforen zum Thema, aber auch in der sozialwissenschaftlichen Fachliteratur Verwendung findet (z. B. DAHME/WOHLFAHRT 2015: 86 f.).

- für Fragen bei Innovation, Entscheidungsprozessen, Marktentwicklung und Führungsfunktionen ohne Rücksicht auf Rang oder Beschäftigungsdauer die richtigen Leute für die gemeinsamen Ziele einzubinden;
- lernen, miteinander zu leben und zu arbeiten;
- Werte und Praktiken zu fördern, die Offenheit, Respekt, Kooperationsfähigkeit und die Würdigung der Gültigkeit verschiedener Blickwinkel an den Tag legen;
- den allen Menschen immanenten Wert anzuerkennen und zu unterstützen, indem Bedingungen geschaffen und bewahrt werden, unter welchen Gerechtigkeit, Ermächtigung, Sensibilität und Kompetenz auf den Ebenen von Personal, Gruppen und Gesamtorganisation gefördert werden.

Was nun ist *kulturelle Inklusion*?

Die bisher genannten Formen der Inklusion beziehen sich auf Individuen, Organisationen oder Unternehmen. Sollte deren Blick auf die Inklusion nun für kulturelle Inklusion in der Mehrheitsgesellschaft und im politischen Rahmen von ähnlicher Bedeutung sein? Hierauf lässt sich leicht antworten: Wenn bereits auf Profit und eigenen Vorteil ausgerichtete Organisationen wie Firmen erkennen, welche Vorteile die Inklusion für sie bietet, um wieviel mehr muss dies für das Zusammenleben und den sozialen Frieden in komplex organisierten Staaten und Gesellschaften gelten! Bei den oben angeführten Definitionen richtet sich die Inklusion eindeutig auf Individuen. Aus diesem Grund verschiebt sich der Blick mit der Beifügung des Begriffs „kulturell“ in eine Richtung, die Gruppen ins Auge fasst, die ein Gefühl gemeinsamer kultureller Identität entwickelt haben. Die Einschätzung, ob kulturelle Inklusion tatsächlich gewährleistet ist, wird sowohl von den Individuen als auch von der Gruppe insgesamt gegeben werden. Kulturelle Inklusion kann in diesem Zusammenhang gesehen werden als die Bemühung(en) von Mehrheitsgesellschaften⁹ (und ihrer sozialen Institutionen) wie auch der Politik, das Gefühl von Minderheiten(gruppen) zu stärken, dass deren Kultur und Identität respektiert und wertgeschätzt wird, und zwar in einer Art und Weise, die es ihnen erlaubt, auf Augenhöhe in der Mehrheitsgesellschaft aktiv zu sein und an ihr zu partizipieren. Um der Definition und der Abgrenzung willen ließen sich kulturelle Inklusion und kulturelle Sicherheit in folgender Weise beschreiben:

Kulturelle Inklusion ist aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive:

- ein Status oder Prozess, in dem kulturelle Eigenheiten und Werte, die die Identität von (Minoritäten-)Gruppen ausmachen, von der Mainstream- bzw. Mehrheitsgesellschaft respektiert und teilweise auch integriert werden;
- durch entsprechende gesetzliche Grundlagen geschaffene Rahmenbedingungen, die es gesellschaftlichen und/oder politischen Institutionen ermöglichen, Maßnahmen auszuarbeiten und zu definieren, um das oben Genannte zu gewährleisten.

⁹ Im Sonderfall kann es auch sein, dass sozial und politisch privilegierte Minderheitengesellschaften, die über die Macht verfügen, der Mehrheitsgesellschaft entsprechende Voraussetzungen für deren Respekt usw. schaffen müssten.

Kulturelle Sicherheit stellt sich entsprechend aus der Perspektive betroffener Minderheiten ergänzend dar:

- durch die von Seiten der betroffenen Gruppen akzeptierten oben genannten Aspekte gesetzlicher und/oder politischer Rahmenbedingungen, unter welchen kulturelle Inklusion ermöglicht werden soll;
- als der objektiv betrachtete tatsächliche Zustand, in dem kulturelle Eigenheiten und Werte (Identität) geschützt werden, ohne kurzfristigen bzw. unvermittelten Veränderungen durch politische Interventionen (von außen) unterworfen zu sein (Berechenbarkeit der Situation), wodurch es ihnen erlaubt ist, selbst aktiv Veränderungen ihrer Kultur zu gestalten;
- durch das subjektive Gefühl einer betroffenen (Minderheiten-)Gruppe, dass ihre kulturelle Identität und Werte respektiert und die von ihnen selbst initiierten Formen und Dimensionen des Kulturwandels geschützt werden.

In multinationalen Staaten ist die Schaffung kultureller Sicherheit für angestammte ethnische Gruppen von besonderer Bedeutung, da sie ein gleichberechtigteres soziales Zusammenleben von Mehrheit und Minderheiten sowie einen interkulturellen Dialog ermöglicht. Allein auf diese Weise kann der Versuch, die Interessen historischer Minderheitengruppen mit staatlichen Ansprüchen der Regierungen in Einklang zu bringen, zum Erfolg führen. Kulturelle Sicherheit hat demgemäß wesentliche Auswirkungen auf die Konfliktbewältigung zwischen nationalen und ethnolinguistischen Gruppen innerhalb eines multinationalen Staats (JACOBS/KELLER/CARBONNEAU 2016). In diesem Sinne zielt kulturelle Sicherheit für ethnische und sprachliche Minderheiten auf gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen, die betroffene Gruppen durch politische Mitbestimmung ein Gefühl von Zugehörigkeit zu ihrem Staat entwickeln und gleichzeitig ihre kulturelle Souveränität stärken lassen. Sie ist daher nicht nur auf (verfassungs-)rechtliche Maßnahmen beschränkt, sondern umfasst auch den Versuch, ein auf gegenseitig akzeptierten Normen und Konventionen beruhendes Lebensumfeld zu schaffen, in dem Minderheitenangehörige ihre kulturelle Identität ernst genommen wissen und dadurch auf lange Sicht als geschützt und gefördert empfinden. Damit wird eine wichtige Grundlage für politische Stabilität und staatliche Sicherheit geschaffen.¹⁰ Zudem garantiert dies, so die Annahme, soziale Stabilität und eine nachhaltigere Entwicklung sowohl der Minderheiten als auch der Gesamtgesellschaft (EBD.).

Dimensionen kultureller Sicherheit in China

So zahlreich wie die Ausdrucksformen von Kultur sind, erstreckt sich auch das Bedürfnis nach kultureller Sicherheit auf sehr verschiedene Aspekte und Dimensionen. Als territoriale Dimension sind angestammte Siedlungsgebiete von großer Bedeutung, da mit deren Bedrohung oder gar Heimatverlust in der Regel auch die Beziehung zu lokal verwurzelten Wertesystemen und religiösen Institutionen (wie Tempeln

¹⁰ Den Zusammenhang zwischen dem Schutz kultureller Identität, sozialer Entwicklung und politischer Stabilität hat GRUNFELD (2015) am Beispiel der französischsprachigen Mehrheit in Quebec aufgezeigt, die in Kanada eine bedeutende Minderheit darstellt, wo konkrete Maßnahmen zum Fortbestand der lokalen Kultur sukzessive zu Stabilität und Loyalität gegenüber dem Staat geführt haben, vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band.

und Klöstern), Symbolen und Mächten (z. B. Berggottheiten) gefährdet ist. Fragen der territorialen Autonomie stehen daher dauerhaft im Fokus entsprechender Auseinandersetzungen, und Umsiedlungen wirken sich massiv auf das kulturelle Sicherheitsgefühl der betroffenen Bewohner aus. Dies zeigen nicht nur die historischen Deportationen in der Sowjetunion unter Stalin, sondern auch die eigentlich konsensorientierten, aber dennoch häufig mit politischem Druck verbundenen Beispiele aus dem Lebensraum der Sorben in Sachsen (durch den großflächigen Braunkohletagebau) oder der Tibeter in Qinghai (im Zuge sogenannter Ecomigration-Programme). Einige der bedeutendsten Aspekte kultureller Sicherheit, die in multiethnischen Staaten immer wieder Konflikte hervorrufen, seien nachfolgend an kurzen Beispielen aus dem Umfeld Chinas erläutert. Sie lassen sich am besten in die Gruppen Sprache, Religion, traditionelle Wertesysteme, Lebensweisen, Wirtschaftsverhalten und materielle Kulturgüter gliedern, sind jedoch alle eng miteinander verzahnt. Erfahrungsgemäß äußert sich deren Rolle und Wichtigkeit auch innerhalb ethnischer Minderheiten und lokaler Gruppen nicht immer im gleichen Ausmaß und in unterschiedlichen Bedürfnissen, die je nach Assimilationsdruck und Toleranzverhalten der Mehrheitsgesellschaft zudem noch individuell variieren können.

1. Sprache und – sofern vorhanden – Schrift spielen in Fragen kultureller Identität bei allen ethnischen Gruppen eine zentrale Rolle, selbst wenn Einzelne dies unterschiedlich gewichten. Auch innerhalb eines einheitlichen Sprachraums kann dies durch Dialektunterschiede, die regionale Identitäten begründen oder unterstützen, deutlich werden. Die besondere Bedeutung der Schrift gerade in Ostasien wird im chinesischen Begriff für Kultur, *wenhua*, deutlich, der sich aus den Zeichen für *wen* – Schrift, Literatur – und *hua* – Wandel, Verwandlung – zusammensetzt. Kultur in diesem Sinne ist damit sehr stark sprach-, schrift- und bildungszentriert, was dazu führen kann, dass andere Aspekte von Kultur vernachlässigt werden. Auch der ebenfalls verbreitete Begriff *wenming* für Kultur, Zivilisation, beinhaltet diese Schriftorientierung (*wen*), von der das Licht (*ming*) der Zivilisation ausstrahlen soll. Die chinesische Schrift hat mit ihren Eigenarten über Jahrtausende andere Kulturen beeinflusst und andere Schriften und Sprachen dominiert.¹¹ Durch dieses Übergewicht hat sie sich in ihrer Bedeutung leicht anderen Schriften und Sprachen übergeordnet. Diese Dominanz wiederum führt unter den heutigen Verhältnissen der schnellen Kommunikation und des weltweiten Austausches leicht dazu, dass die noch lebenden Minderheitensprachen unter Druck geraten und ihr Erhalt, ihre Pflege und Förderung und vor allen Dingen ihre Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft wieder für mehr Menschen in den Mittelpunkt rücken, als dies unter den früheren Bedingungen allmählicher Akkulturation und Assimilation in begrenzten Räumen zum Tragen gekommen wäre. Wenn die Sprache im Mittelpunkt der kulturellen Identität steht, bleibt die auf Dauer angelegte Möglichkeit zum Gebrauch und Anwendung dieser Sprache und Schrift für das Gefühl der kulturellen Sicherheit der

¹¹ Die chinesische Geschichte ist voller Beispiele von nicht chinesisch sprechenden Völkern, die sich im Zuge der Übernahme regionaler Herrschaften als sogenannte Lokaldynastien nicht nur assimiliert, sondern auch die chinesische Schrift übernommen – und in diesem Sinne *wenhua*-kultiviert – haben. Selbst die großen sogenannten Fremddynastien der Yuan (Mongolen) und Qing (Mandschu-Tungusen) unterlagen frühzeitig dem Einfluss des Chinesischen (auch wenn sie ihre eigenen Sprachen lange behielten). Selbst die nicht von China aus beherrschten Reiche in Korea und Japan übernahmen das für ihre Sprachen eigentlich völlig ungeeignete chinesische Schriftsystem.

Menschen entscheidend. Wichtig hierbei ist nicht nur der rechtliche Schutz dieses Gebrauchs, sondern auch, dass diese Sprachenrechte nicht durch willkürliche Maßnahmen von Seiten des Gesetzgebers unvermittelt bedroht werden können – wie es unter den autoritären Verhältnissen wie in China gelegentlich durch profilierungssüchtige Kader geschieht. Zwar mag die korrigierende Intervention des Zentralstaats hier immer wieder Abhilfe schaffen, aber oft erst auf riskante Petitionen der Betroffenen hin, deren Gefühl der Unsicherheit mit jeder neu versuchten Einflussnahme weiter wächst.¹²

2. Religion, religiöse Werte und Gebräuche spielen bis in die heutige Zeit selbst in hochmodernen Gesellschaften eine bedeutende Rolle, wie Beispiele aus dem Nahen Osten über Ostasien bis in die USA zeigen. Nicht umsonst sind daher Religionsfreiheit und freie Religionsausübung in den meisten Staatsverfassungen garantiert, wenngleich sich in der engen Verflechtung mit der Politik stets Möglichkeiten von Konflikten ergeben. Problematisch wird es, wenn sich autoritäre, der Religion ablehnend gegenüberstehende Regime von der Religiosität seiner Minderheitenvölker bedroht fühlen. So ist beispielsweise in der Volksrepublik China zwar die Religionsfreiheit („das Recht, an eine Religion zu glauben“) verfassungsmäßig garantiert, doch wie weit der Schutz religiöser Praktiken reicht, hängt immer wieder von den Auslegungen einzelner Kader und der politischen Sensibilität der Staatsführung ab. So beklagen beispielsweise buddhistische Mönche in verschiedenen Regionen des tibetischen Hochlands,¹³ aber auch gläubige Muslime in Xinjiang, regelmäßig die behördliche Einmischung in religiöse Angelegenheiten.¹⁴ Eine Staatsführung, die wie die Kommunistische Partei Chinas eigentlich das Überflüssigwerden der Religion als Langzeitziel im Auge hat und außerdem – auch im Sinne westlicher demokratischer Gesellschaften – zu Recht die Trennung religiöser von politischen Angelegenheiten fordert, muss sich in solch einem Kontext die Frage gefallen lassen, worauf sie als atheistische Behörde ihre Kompetenzen gründet, über religiöse Angelegenheiten

¹² Als Beispiel seien hier die Proteste genannt, die sich im Oktober 2010 in Qinghai ergaben, nachdem sich verbreitete, es sollten auch an tibetischen Schulen die meisten Fächer (außer Englisch und Tibetisch) zukünftig nur noch auf Chinesisch unterrichtet werden. Selbst wenn die spätere behördliche Darstellung als Missverständnis zutreffen sollte, so sind die Proteste doch deutlicher Ausdruck einer gewachsenen kulturellen Unsicherheit (WONG 2010). Damit ist gleichwohl nicht gesagt, dass eine Politik der Präferenz für die Minderheitensprache in den Schulen grundsätzlich nur Vorteile bieten würde, wie ZENZ (2017) in seiner Diskussion der Vor- und Nachteile der Förderung des Uigurischen in Xinjiang aufzeigt.

¹³ Ein typischer Fall sind Entscheidungen der Staatsführung über die „richtigen“ Kandidaten für hohe reinkarnierte Lamas. Als besonders lästig und unangemessen aufgefasst werden die politischen Schulungen, die Kader in den Klöstern abhalten.

¹⁴ Im Falle Xinjiangs hat meinen Beobachtungen nach selbst in ehemals weniger stark religiös geprägten Gesellschaftsgruppen wieder eine stärkere Hinwendung zum muslimischen Glauben stattgefunden – offenbar als Reaktion auf den vermehrten Druck von Seiten der Behörden zur Säkularisierung, der als Assimilationsdruck und somit als Angriff auf die ethnische Identität aufgefasst wird. In zahlreichen Interviews in Urumqi, Kashgar und Khotan wurde diese Auffassung von uigurischen und kasachischen Gesprächspartnern vertreten. Die behördlicherseits verfügten einschränkenden Maßnahmen zur religiösen Erziehung in islamischen Medressen führt beispielsweise dazu, dass diese in den Untergrund getrieben wird und fern von staatlicher Kontrolle größeren Risiken der Radikalisierung ausgesetzt ist.

entscheiden zu können.¹⁵ Solange dies geschieht, wird bei allen Lippenbekenntnissen zur Religionsfreiheit kein Gefühl der kulturellen Sicherheit bei den betroffenen Minderheiten aufkommen.

3. Traditionelle Wertesysteme haben sich aus dem Zusammenspiel von durch die Lebensumwelt geprägten lokalen Wirtschafts- und Lebensweisen, von Religion, geschichtlichen Erfahrungen und anderen, auch von außen kommenden Faktoren herausgebildet und in Sprache und schriftlichem Ausdruck niedergeschlagen. Diese komplexen Wechselwirkungen haben Werte geschaffen, welche die Gesellschaft nicht nur geordnet, sondern auch deren Anpassung an die Umwelt erleichtert haben. Aufgrund zumeist jahrhundertealter Erfahrungen stellen solche Wertesysteme einen Handlungsrahmen dar, den zu verlassen nicht nur die soziale, sondern auch die als natürlich empfundene Ordnung verletzen kann. Wenn in der Auseinandersetzung mit benachbarten oder fremden Kulturen, Gruppen usw. diese Wertesysteme bedroht scheinen, werden daher ebenfalls die Grundfesten der Ordnung als bedroht wahrgenommen. Hierbei kommt es leicht zu Konflikten, wenn nicht gegenseitiger Respekt ein Gefühl kultureller Sicherheit vermittelt.

4. Mythologie und geschichtliche Überlieferungen dienen in vielen Gesellschaften in Form ätiologischer Erzählungen als sinn- und identitätsstiftende Charakteristika. Sie sind eng mit den Wertesystemen verflochten, können aber gerade in Regionen und ethnischen Gruppierungen mit einer langen Überlieferung und ausgeprägtem Geschichtsbewusstsein eine zentrale Rolle für die kulturelle Identität spielen. Konflikte stehen an, wenn die Staatsmacht diesen Gruppen aufgrund des *Nation-building* ihre geschichtliche Überlieferungen neu interpretiert, zumeist in der Absicht, über die neue Deutung integrierend zu wirken, aber doch im Sinne des hierarchisch über den Minderheiten dargestellten Mehrheitsvolks. Ein typischer Satz im ostasiatischen Kontext ist die politische Aussage „Tibet war schon immer Bestandteil Chinas“, der unabhängig von einer Bewertung dieser Aussage der modernen Auffassung einer dynamischen historischen Entwicklung widerspricht. Im Kontext der Geschichte werden dann beispielsweise Tributbeziehungen neu gedeutet, Abhängigkeitsverhältnisse überbetont und historische Entwicklungen mit neuen Zuschreibungen versehen. Wenn dabei die vom Staat verfasste Geschichte den traditionellen Überlieferungen der Gruppe stark widerspricht, ist auch dies Anlass zu einem Gefühl kultureller Unsicherheit.

5. Traditionelle Lebensweisen sind in der Regel aus einer – im Idealfall optimalen – Anpassung an die lokalen Bedingungen hervorgegangen. Mit der Veränderung der Lebensbedingungen sind auch die Minderheitengesellschaften imstande, neue Anpassungen vorzunehmen. Staatliche Entwicklungsprogramme preschen hier jedoch häufig in einer Art und Weise vorwärts, dass sich die Menschen übergangen und überfordert fühlen. Wenn Veränderungen behutsam eingeführt werden und vor allem im

¹⁵ Das mangelnde Verständnis der politischen Kader für die Inhalte des tibetischen Buddhismus zeigt insbesondere das Verhältnis der Staatsführung zum Dalai Lama, aber auch anderen hohen tibetischen Lamas gegenüber. Die historische Verknüpfung politischer, monastischer, geistlicher und transzendenter Funktionen der in diesen als Personen manifestierten göttlichen Wesenheiten lässt die Staatsführung jede Art von Loyalitätsbekundung nur als politisch auffassen, während die geistige Rolle dieser Funktionsträger für die Mehrheit der Tibeter von prominenter Bedeutung ist. Gelugpa-Mönche dazu aufzufordern, dem Dalai Lama abzuschwören, kommt daher der Aufforderung an ein chinesisches Mitglied der Kommunistischen Partei nahe, sich von den Gedanken Mao Zedongs oder Karl Marx zu distanzieren.

Zusammenspiel mit den indigenen Gruppen, ohne von außen übergestülpt zu werden, besteht die Möglichkeit höherer Akzeptanz. Auch hier gilt es, den Minderheitengesellschaften die Kontrolle über die Veränderungsprozesse in ihrer Kultur zuzugestehen. Manche Errungenschaften überzeugen von selbst, wenn sie geeignet sind, das kulturelle Sicherheitsgefühl zu stärken: So haben sich in tibetischen Gebieten iPhones schneller als jede andere Art von Mobiltelefonen verbreitet, weil sie die Kommunikation in tibetischer Schrift ermöglichen. Wichtig ist dabei, dass die Mehrheitsgesellschaft bereit ist, ebenfalls zu lernen und anzuerkennen, dass der Transfer technischer Errungenschaften aus ihrem Umfeld in die Minderheitenregionen nicht unbedingt immer in gleichem Maße sinnvoll ist. Die Verbreitung klimatisch ungünstiger Beton- und Zementhäuser städtischer Bauart in ländlichen Gebieten Tibets – von engen Flusstälern bis hinauf auf die von Wind und Wetter geplagten Hochweiden – führt einem dieses Problem oft vor Augen. Auch übersehen die modernen städtisch geprägten Entwickler gern, dass auch Minderheiten – ohne formale Ingenieursausbildung – besondere technische Leistungen hervorgebracht haben, die auf ihrem jahrhundertelangen Erfahrungsschatz und der intimen Kenntnis ihrer Heimat basieren. Ein typisches Beispiel sind die Steinhäuser tibetischer Bauern am Oberlauf des Dri Chu (chin. *Tongtian He*, der Jangtse), die aufgrund besonderer Elemente in ihrer traditionellen tragenden Holzkonstruktion eine besondere Widerstandsfähigkeit gegen die in der Gegend häufig auftretenden Erdbeben entwickelten.¹⁶ Wenn weitere Errungenschaften des städtischen Milieus ungefragt in ländliche Minderheitenregionen getragen werden, so erscheinen sie oft unnötig, wenn nicht gar lächerlich – wie einzelne Solar-Straßenlaternen in einem nur wenige Häuser umfassenden Nomadendorf fernab jeder größeren Siedlung oder gymnastische Geräte in ebensolchen Orten, teilweise auf 5000 m Höhe in Tibet, wo die Menschen tagtäglich aktiv im Freien unterwegs sind. Die geringe Sinnhaftigkeit solcher staatlicher Maßnahmen weckt Unverständnis und erweckt bei den Menschen den Eindruck, dass ihre tatsächlichen Bedürfnisse nicht erkannt oder wahrgenommen werden. Zu kultureller Sicherheit trägt dies nicht bei. Entwicklungsmaßnahmen, die durchaus auch gewünscht sind, benötigen für ihre Nachhaltigkeit ein gesundes Maß an kultureller Anpassung.

6. Damit sind wir bei der traditionellen Wirtschaftsweise, die in der heutigen Welt überall unter Druck geraten ist. Eine Balance zu finden ist überaus schwer. Nur die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung mit ihrem indigenen Wissen (*indigenous knowledge*) kann helfen, einen Weg zu finden, wie die eng miteinander verknüpfte Wirtschafts- und kulturelle Lebenswelt bewahrt und dennoch weiter entwickelt werden können. Im Zuge des 20. Jahrhunderts sind beispielsweise durch die Nomadenforschung die klassischen Missverständnisse ausgeräumt worden, dass Hirtengesellschaften per se keine sesshafte Lebensweise akzeptierten; vielmehr haben sie sich durch ihre mobile Lebensweise optimal an die natürliche Umwelt angepasst, wobei sie Ressourcen schonen und damit nachhaltig nutzen. Hier treffen Respekt vor indigenem Wissen und Respekt vor der Umwelt zusammen. Da die Nachhaltigkeit ein wesentliches Ziel ihres Wirtschaftens geworden ist (*livelihood security goes before profit maximization*), kann sie entsprechend als Teil ihrer Kultur aufgefasst werden. Wenn nun aber Staat und Mehrheitsgesellschaft diese Nachhaltigkeit aus Profitinteressen bedrohen –

¹⁶ Die Stahlbetonbauweise der vom Staat errichteten neuen Zement-/Betonhäuser mag eine ähnliche Festigkeit bieten, doch fehlen diesen Bauten die klimatischen und weiteren Vorteile der Steinhäuser in dieser Region.

etwas, was weltweit in vielen Minderheitenregionen geschieht – dann wird dies nicht nur zur Bedrohung der lokalen Ökonomie, sondern durchaus der gesamten kulturellen Grundlagen.

7. Auf keinen Fall zu vergessen ist die materielle Kultur von Minderheiten, die sich in Architektur, Kunst und Kunsthandwerk sowie Alltagsgegenständen ausdrückt, wie auch immaterielle Kulturgüter in Form von Musik, Tanz usw. Auf diese sichtbaren Ausdrucksformen kultureller Aktivität und Identität hat sich der Diskurs zu kultureller Sicherheit im Kontext internationaler Konflikte mit teilweise verheerenden Folgen für das Kulturerbe der betroffenen Völker und Räume zunächst fokussiert (NEMETH 2015).¹⁷ Infolgedessen hat sich auch staatliches Handeln an daraus entwickelten Leitlinien orientiert – zu nennen sind hier die Eintragungen in die UNESCO-Listen des Weltkulturerbes. Leider scheinen Behörden jedoch zu glauben, dass diese Art von sicher wichtigen Schutzmaßnahmen allein schon ausreicht, um den in ihrem Machtbereich lebenden Minderheiten die Wertschätzung ihrer Kultur auszudrücken. Kulturelle Sicherheit kann damit allein jedoch nicht vermittelt werden, da, wie oben gezeigt, zahlreiche weitere Aspekte zum Tragen kommen. Aufgrund der Anschaulichkeit und in gewissem Sinne auch Konsumierbarkeit der materiellen und immateriellen Kulturgüter sind diese im touristischen Bereich von großem Belang. Aufgrund der oft defizitären Ressourcensituation von Minderheitengebieten hat sich der Tourismus als eine immer wichtigere Form wirtschaftlicher Aktivität in den betreffenden Räumen entwickelt. Zweifelsohne kann der Tourismus positive Wirkungen auf das Selbstbewusstsein von Gruppen haben, die sich als im Zentrum des Interesses von Besuchern respektiert wahrnehmen können – mit der Möglichkeit zur interkulturellen Kommunikation. Auch positive wirtschaftliche Effekte wie die Stärkung von Kunsthandwerk, Partizipation an Gewinnen aus dem Fremdenverkehr usw. können eine Aufwertung der Kultur nach sich zu ziehen. Gleichwohl sind viele Seiten des Massentourismus (Überfremdung, mangelnde Rücksichtnahme u. a.) geeignet, Unbehagen auf Seiten der besuchten Gruppen zu erzeugen. Insbesondere, wenn sie selbst wenig von den wirtschaftlichen Erträgen des Tourismus nutzen, wirkt dies dämpfend auf das Gefühl der kulturellen Sicherheit zurück. Es ist die schwierige Gratwanderung zwischen einem Tourismus, der ihre Kultur (interessierten) Auswärtigen aussetzt, aber sie nicht einfach „ausstellt“ oder gar ausverkauft. Die Kommodifizierung der Kultur birgt den Sinnverlust durch Kommerzialisierung.

Generell rücken viele, wenn nicht alle der hier (nicht erschöpfend aufgeführten) Aspekte kultureller Sicherheit umso stärker in den Fokus, je mehr sich eine Gruppe mit gemeinsamer Identität in ihrer kulturellen Identität bedroht fühlt. Der Respekt und die Wertschätzung von Sprache, Schrift, Werten, Geschichtsauffassungen, Lebensweise und dem in der Wirtschaftsweise manifestierten indigenen Wissen einer Minderheitengruppe sowie ihres materiellen und immateriellen Kulturerbes dagegen erlaubt es diesen, stolz auf ihre Kultur zu sein. Dies gibt ihnen Selbstvertrauen und damit auch ein besonderes Gefühl kultureller Sicherheit. Daraus resultiert, je inklusiver die Haltung der Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf die kulturellen Charakteristika der „Anderen“ ist, desto größer sind die Möglichkeiten, dass eine kulturell vielfältige und tolerante Gesellschaft entsteht.

¹⁷ Vgl. die Ausführungen zu NEMETH im Abschnitt „Kulturelle Sicherheit und kulturelle Inklusion“.

Ist kulturelle Sicherheit in China ein Thema?

Nach den bisherigen Ausführungen und der Vorstellung einiger kritischer Beispiele stellt sich die Frage, ob kulturelle Inklusion und kulturelle Sicherheit in China überhaupt ein Thema sind, ob die politisch Verantwortlichen diesem Thema bereits Bedeutung zuerkannt haben; und wenn ja, in welchem Sinne? Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua (WANG 2011) hat sich die chinesische Führung in der Diskussion von neuen Entwicklungsrichtlinien im Herbst 2011 neben Fragen des Aufkeimens starker nationalistischer Tendenzen im Land¹⁸ auch mit dem Thema kulturelle Sicherheit befasst. Der Autor bemerkte, dass keine Klarheit darüber herrsche, was mit kultureller Sicherheit eigentlich gemeint sei und vermisste eine klare Definition. In den Diskussionen wurde darüber räsoniert, ob es zur Bewahrung der kulturellen Sicherheit des Landes unbedingt bedeute, „die Tür zu schließen und dem Rest der Welt eine Absage zu erteilen“ oder ob es manchmal nicht einfacher sei, die Tür noch weiter zu öffnen. Es sei gesagt worden: „Die neue Leitlinie ermutigt den Kultursektor, gute Ideen aus fremden Kulturen zu Ökonomie und die Beteiligung am globalen Kulturmarkt zu stärken.“ (Ebd.) Mit der Teilhabe am „globalen Kulturmarkt“ ist, wie dies in China heutzutage bevorzugt geschieht, die Verknüpfung mit der Ökonomie geschaffen und der Fingerzeig auf die Nutzung von Kultur für Zwecke der weiteren (wirtschaftlichen) Entwicklung gerichtet. In einem Kommentar in der Parteizeitschrift „Qiushi“ („Die Wahrheit suchen“) im Januar 2012 hat dagegen der damalige chinesische Präsident Hu Jintao ausgedrückt, dass sich China und der Westen in einem „kulturellen Krieg“ befänden und die kulturelle Integrität Chinas gegen „internationale feindliche Kräfte, [die] den strategischen Plot, China zu verwestlichen und es auseinanderzuidividieren, intensivierten“; verteidigt werden müsste (COHEN 2012). Sowohl sein Kommentar als auch die daraus resultierenden Diskussionen über kulturelle Sicherheit besagten, dass „es einen großen Verlust für die gesamte Welt bedeuten würde, wenn eine einzigartige Kultur wie diejenige Chinas als eine einfache Reproduktion westlicher Kultur enden würde“, während doch eigentlich nachvollziehbar sein sollte, dass „China eine neue Identität schaffen wird, indem es sowohl seine eigenen Traditionen mit ausländischen Einflüssen als auch das historische Erbe mit der Modernisierung in Einklang [zu] bringen [versucht].“ (EBD.) Aus diesen Worten wird deutlich, dass chinesische Führungspersönlichkeiten kulturelle Sicherheit durchaus als politisches Ziel definieren.

¹⁸ Mit nationalistischen Tendenzen ist in diesem Fall der Han-Chauvinismus, *Da Hanzu zhuyi* 大汉族主义, gemeint, ein Begriff, den Mao Zedong 1956 geprägt hat, um den unter dem Mehrheitsvolk der Han-Chinesen auftretenden Ethnozentrismus zu kritisieren (LI 1995: 38f.). Dieser kritische antichauvinistische Begriff ist als eine in gewisser Weise bereits auf Inklusion abzielende Vorstellung Teil der Konzeption der Volksrepublik China als einem Vielvölkerstaat. Sie findet sich demgemäß in allen Verfassungen von 1954–1982 in den Grundsatzartikeln 3 bzw. 4: „Im Kampf für die Wahrung der Geschlossenheit der Nationalitäten ist es notwendig, sowohl den großnationalen Chauvinismus, vor allem den Groß-Han-Chauvinismus, als auch den lokalnationalen Chauvinismus zu bekämpfen. Der Staat strebt mit aller Kraft danach, die gemeinsame Prosperität aller Nationalitäten des Landes zu fördern.“ (HÄBERLE 1984: 424) Zum Zeitpunkt der oben genannten Diskussion war der Verfassungstext bereits überarbeitet und mit zeitgemäßerem Begriffen ausgestattet worden, welche betonen, dass alle Nationalitäten gleich seien, ihre Rechte und Interessen vom Staat geschützt würden und jede Art von Diskriminierung verboten sei (vgl. Verfassung 2004, Art. 4).

Allerdings beziehen sie sich – nur sehr vage – auf eine virtuelle oder schwach ausgeprägte gesellschaftliche Debatte zwischen China als Ganzem und „dem Westen“ als einer Einheit. Inwiefern auf dieser sehr hoch aggregierten und damit letztlich wenig differenzierten Ebene tatsächlich eine sinnvolle Auseinandersetzung zu kultureller Sicherheit geführt werden kann, scheint fragwürdig. Immerhin sind viele der Verwestlichungstendenzen, die im Rahmen der von der Staatsführung vorangetriebenen Urbanisierung Chinas offenbar werden, weniger auf unmittelbare westliche Einflussnahme zurückzuführen, als vielmehr von der politischen Führung selbst zu verantworten: Die rasante Verstädterung, von Chinas Staatsführung als sozialistische Entwicklung von Produktion und Wohlstand propagiert, sowie die damit propagierten Konsummuster stellen sich gerade auch aus mitteleuropäischer Sicht als Musterbeispiele der Reproduktion amerikanischer Entwicklungsmodelle dar, wie auch die massiven Verluste historischen Erbes durch den Abriss alter chinesischer Bausubstanz, die Überformung traditioneller ländlicher Strukturen mit städtischen Konsum- und Verhaltensmustern und die Verbannung kultureller Ausdrucksformen (Tanz, Musik, traditionelle Kleidung usw.) in touristische Themenparks und sonstige kommerzielle Formen der Verwertung nur schwerlich als „chinesische Tradition“ verstanden werden können. Die Staatsführung hat damit alltagskulturelle Wandlungsprozesse in Gang gesetzt, die nur schwer beherrschbar sind. Dass sie auf westliche Einflussnahmen zurückgehen, während diese Formen der gesellschaftlichen Transformation doch systematisch in atemberaubender Geschwindigkeit über staatliche Projekte umgesetzt werden, kann kaum behauptet werden. Bevor also kulturelle Sicherheit als ein Mittel zur Abgrenzung Chinas gegen die Einflüsse des Westens angesprochen wird, wäre eine tiefer greifende Debatte darüber notwendig, was die eigene kulturelle Identität ausmacht, was im 21. Jahrhundert als „die chinesische Kultur“ anzusehen ist und welche Gefahren ihr nicht nur von außen, sondern auch von innen drohen. Nicht ausbleiben dürfte in der Folge die Reflexion über die verschiedenen Aspekte kultureller Sicherheit und wie diese im Rahmen der heutigen Entwicklung zum Tragen kommen. Ganz offenbar aber geht es mehr um die Deutungshoheit darüber, was die „richtige Kultur“ sein soll, die die Sorge widerspiegelt, die Kontrolle über die kulturellen Wandlungsprozesse zu verlieren. Sobald China und seine Führungspersonlichkeiten diese diffizilen Fragen des Verhältnisses Chinas zum Westen und zu seiner eigenen Moderne geklärt haben, stellt sich darüber hinaus die Frage, wie es nicht nur seine kulturelle Sicherheit nach außen definiert, sondern auch kulturelle Inklusion nach innen gewährleisten will. Denn in einer Vielvölkernation mit einem vielfältigen kulturellen Erbe, zu dem eine große Zahl ethnischer Minderheiten und religiöser Gruppen beigetragen haben, muss ein intensiver Diskurs zu deren kulturellen Inklusion und Sicherheit folgen. Gerade in Chinas Westen fühlen sich Völkerschaften in ähnlicher Weise von der chinesischen Mehrheitskultur bedroht, ebenso, wie die erwähnten chinesischen Politiker Chinas Identität insgesamt als vom Westen bedroht wahrnehmen. Der Sensibilität nach außen sollte demgemäß eine Sensibilität nach innen folgen. Letztere vermag die Chance zu bieten, dass die Gewährleistung einer höheren kulturellen Sicherheit der Minderheiten im Land die Integration und die nationale Identität langfristig stärkt und somit auch die kulturelle Sicherheit Chinas im Ganzen. Denn deren Bedeutung geht weit über die Bewahrung kulturellen Erbes allein hinaus: „Wenn sich Minderheiten als Chinesen zweiter Klasse fühlen, ist durch solche Schikanen der Aufbau eines nationalen chinesischen Bewusstseins zum Scheitern verurteilt.“ (MÜLLER 2017) Sie spielt auch für die soziale und politische Stabilität eine tragende Rolle.

Kulturelle Sicherheit und Entwicklungschancen

Unter den derzeitigen gesellschaftspolitischen Bedingungen finden neue Diskurse in China am ehesten dann Gehör, wenn ihre Relevanz für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes deutlich wird. Ausgehend von der Erkenntnis, das Land umfassend modernisieren¹⁹ zu müssen, hat die chinesische Staatsführung seit Beginn der 1980er-Jahre bei der Entwicklung des Landes das Wohlfahrtsmodell im Auge, das auf die Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Gesellschaft abzielt.²⁰ Das Wohlfahrtsmodell, wie es in den westlichen Entwicklungspraktiken seit dem 20. Jahrhundert verwurzelt war, definierte Armut

[...] als das Fehlen eines öffentlichen Gutes oder von Knowhow. Wenn der Staat oder eine andere Institution, wie z. B. eine NGO, das fehlende Gut zur Verfügung stellt, dann kann Armut gemildert werden und Entwicklung findet statt. Milliarden von Dollar wurden in diesen Ansatz gegossen, aber trotz gewisser positiver Leistungen war dieses Modell nicht von Erfolg gekrönt. Die Kluft zwischen den Reichen und Armen wird größer, und gemäß dem Weltentwicklungsbericht lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung von weniger als \$ 2 pro Tag. (OFFENHEISER/HOLCOMBE 2003: 268)

Einer der wesentlichen Mängel dieses Modells, wie es im Westen zunächst Anwendung in der sogenannten Entwicklungshilfe fand, ist nach heutigem Verständnis, dass ihm die Möglichkeit fehlt, Regierungen für ihre Handlungen oder ihre Untätigkeit zur Verantwortung zu ziehen. Für die Betroffenen von noch größerer Bedeutung aber ist, dass es nicht imstande ist, Lösungswege zu bieten gegen die Unfähigkeit von Regierungen, die Rechte ihrer Bürger aufgrund mangelnder Finanzen oder mangelnden Knowhows zu verwirklichen, und dass es „die Armen zu Objekten von Wohltätigkeit macht und so deren Rolle in der Zivilgesellschaft festlegt“ (EBD.: 271). Aufgrund des Versagens des vorgenannten Wohlfahrtsmodells wurden die Entwicklungsmodelle im Westen neu bewertet und stärker auf einen Rechte-basierten Ansatz ausgerichtet. Anstatt die Armen als Wohlfahrtsempfänger zu konstruieren, werden sie als Akteure und Rechteinhaber gesehen. Die Rolle von NGOs – und idealerweise des Staates – soll nun darin bestehen, den Armen bei der Überwindung von Hindernissen, die ihre Rechte blockieren, beizustehen und den Regierungen das Werkzeug und Knowhow zu verschaffen, diese Rechte zu gewährleisten. Da „die Armen“ vielerorts insbesondere unter ethnischen Min-

¹⁹ Anders als im Westen hat in China kein kritischer Diskurs zum Begriff der *Modernisierung* stattgefunden. Vielmehr sind die Vorstellungen zur Modernisierung bei Planern, aber auch in der breiten Bevölkerung, in einer Weise geprägt, wie sie in den westlichen Modernisierungstheorien in den 1950er- und 1960er-Jahren formuliert wurden. Die fruchtbare Entwicklung eines solchen Diskurses wird in China durch die Deutungshoheit über Begriffe und deren Folgebedeutung durch die Kommunistische Partei Chinas behindert.

²⁰ Dieser Anspruch fand 1984 sogar seinen Weg in die Verfassung: „Der Staat strebt mit aller Kraft danach, die gemeinsame Prosperität aller Nationalitäten des Landes zu fördern“ (HABERLE 1984: 424) und wurde in der Fassung von 2004 (Art. 4) noch ausführlicher begründet: „Der Staat unterstützt die von Minderheiten-Nationalitäten bewohnten Gebiete bei der Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gemäß den Charakteristika und Bedürfnissen der verschiedenen Minderheiten-Nationalitäten“ (Verfassung 2004, Art. 4).

derheiten zu finden sind, kommt mit deren Zuschreibung als marginalisierte Gruppen in einer Gesellschaft unmittelbar die Frage ihrer Identität zum Tragen. Bis dato haben Entwicklungsmaßnahmen in China kulturelle Identität zumeist nicht als wichtigen Faktor in Betracht gezogen. Entscheidungsträger sehen die kulturelle Prägung ethnischer Gruppen häufig sogar als Hindernis für eine beständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung an.²¹ Entwicklung sollte inzwischen jedoch nicht mehr allein auf die Ökonomie bezogen, sondern als ein Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Transformation verstanden werden, der auf komplexen kulturellen und ökologischen Faktoren und deren Wechselwirkungen basiert. Das heißt aber, dass die Begründung und Umsetzung von komplexen, globalen und dynamischen Entwicklungskonzepten, die auf einem Recht auf Entwicklung basieren, ihre Grenzen haben. Einerseits beinhalten sie sowohl sozioökonomische als auch kulturelle, technische und politische Aspekte der Entwicklung. Andererseits hat sich mit der inzwischen verfolgten „Strategie der Grundbedürfnisse“, die systematisch mit den Menschenrechten verknüpft wird, der zentrale Bezugspunkt des Entwicklungsrechts von Gruppen auf das Individuum verschoben. Als Folgeerscheinung ist eine gewisse Missachtung des kulturellen Hintergrunds lokaler Gruppen aufgekommen, da „die globale Person“ nicht jede lokale Kultur repräsentieren kann. Um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen, ist es jedoch wichtig, dass alle Individuen in den Genuss kultureller Sicherheit kommen. Nachhaltigkeit ist demgemäß nur gegeben, wenn der lokale kulturelle Kontext bewahrt wird, denn er ist es, der eine Gesellschaft zur Anpassung an die örtliche Umwelt, an Veränderungen befähigt. Daher wäre es der falsche Weg, Entwicklung nur im Sinne von „Modernisierung“ mittels Einführung neuer technischer Geräte, Prozesse sowie industrieller und urbaner Lebensformen zu verstehen. Es ist nicht vorstellbar, dass diese gleiche Art von Entwicklung für jede Region der Welt angemessen ist. Für China stellt sich daher die Frage: Wenn das natürliche und kulturelle Umfeld der westlichen Regionen Chinas so vielfältig und anders ist als dasjenige im Ostteil des Landes, muss die Entwicklung dann nicht besser an die dortigen Umstände angepasst werden? Zwar geht die Politik in China in der Theorie hiervon aus, denn die Rahmenbedingungen von Wirtschaftsplänen und Großprojekten erlauben in der Tat eigentlich Anpassungen an lokale Gegebenheiten. Doch aufgrund nicht explizit vorgeschriebener Durchführungsbestimmungen und eines Führungskaders, das sich seit Jahrzehnten nur an makroökonomischen Zielvorgaben orientiert (weil das der politischen Karriere dienlicher ist) werden ohne viel Kreativität immer dieselben Modelle umgesetzt – egal wo, egal wie, und dies nicht selten mit sprunghaften Regeländerungen.²² Dies erinnert sehr an die Zeiten der westlichen Entwicklungshilfe, als der Entwicklungsdiskurs allein von den entwickelten westlichen Ländern getragen wurde, die aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen Erfolge meinten, ihre Systeme nur auf den Süden übertragen zu müssen. Um den Armen wirklich zu helfen, muss aber ihre Kultur verstanden und vor Ort mit ihnen gemeinsam erarbeitet werden, was sie benötigen und wollen. Das Problem westlicher Entwicklungshilfeprogramme war aber lange Zeit, dass sie selten ausreichend Feedback

²¹ Allenfalls die augenfälligen materiellen Kulturmerkmale werden gern zur wirtschaftlichen Entwicklung des lokalen Tourismus herangezogen.

²² Wirtschaftlich erfolgreiche Länder sollten aber über einen Staatsapparat verfügen, der nicht nur sicherstellt, dass das Privateigentum geschützt wird, die Gesellschaft nicht auseinander drifft und die Schulen und Universitäten funktionieren, sondern auch, dass es verlässliche Regeln gibt, die sich nicht kurzfristig wieder ändern.

bekamen, sei es wegen mangelnder Konkurrenz oder wegen nicht vorhandener Beschwerdekanäle. Aufgrund fehlender Rechenschaftspflicht konnte die Wirksamkeit kaum bewertet werden. Stattdessen wurde der Erfolg daran gemessen, wie viel Geld die reichen Länder für die Armen ausgegeben hatten. Die wirklich enormen Entwicklungsanstrengungen Chinas in seinen Minderheitengebieten heute zeigen leider genau dieselben Phänomene. Leicht fühlt man sich an die frühen gescheiterten Formen der sogenannten Entwicklungshilfe westlicher Industrienationen in Afrika und Asien erinnert. Die großen Hilfsprogramme scheiterten zumeist, weil sie utopische Ziele verfolgten und großspurige Top-down-Pläne hatten mit wenig Input oder geringer Rechenschaft gegenüber denjenigen, denen geholfen werden sollte. Wie EASTERLY (2006: 5–6) dies in *The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest have Done so Much Ill and so Little Good* beschrieben hat, sehen auch die politischen Entscheidungsträger in China „Armut als technisches Problem, das [ihre] Antworten lösen werden“. Die Kommunistische Partei Chinas ist sich sicher, sie kenne die Antworten und wüsste daher genug, um die Lösungen aufzuerlegen:

Planer steigern die Erwartungen, übernehmen aber keine Verantwortung dafür, dass sie eingehalten werden. [...] Planer bestimmen, was geliefert wird; [...] Planer setzen globale Blaupausen um, [...] Planern an der Spitze mangelt es an Wissen, wie die Realität am Boden ist, wie die Wirklichkeit dort aussieht. Die Planer erfahren nicht, ob diejenigen, für die geplant wurde, bekommen haben, was sie brauchen; der Forscher findet heraus, ob sie zufrieden sind. (EBD.)

Für den Westen war im langen Lernprozess der wohl schwierigste Part derjenige, die sogenannten unterentwickelten Länder in ihrer kulturellen Eigenart zu akzeptieren und sie schließlich als echten Partner auf Augenhöhe anzuerkennen. So wird dies auch in Chinas Minderheitenregionen für eine nachhaltige Entwicklung von immenser Bedeutung sein, und Grundlage hierfür wird die Schaffung von kultureller Sicherheit und Begegnung mit den Tibetern, Uiguren und den vielen übrigen ethnischen Gruppen auf Augenhöhe. Dazu kann auch im Reich der Mitte die Forschung ihren Beitrag leisten, wenn die Entscheidungsträger ihr den kritischen Diskurs erlauben, denn

Ein Forscher gibt zu, dass er die Antworten nicht schon vorher kennt; er glaubt, dass Armut ein kompliziertes Gewirr aus politischen, sozialen, historischen, institutionellen und technologischen Faktoren ist. [...] Ein Forscher glaubt, dass nur Insider genug Wissen haben, um Lösungen zu finden, und das die meisten Lösungen vor Ort gefunden werden müssen. (EBD.)

Ausblick: Warum ist kulturelle Sicherheit von so großer Bedeutung?

Wenn wir hier die besondere Bedeutung von kultureller Sicherheit betont haben, ist es nur folgerichtig, bei politischen Entscheidungsträgern und Planern ebenfalls Verständnis für indigene bzw. sogenannte Minderheitenkulturen zu wecken. Dazu ist es hilfreich, den Bogen von den kleineren Gruppen in der Gesellschaft²³ zu den größeren sprachlichen, ethnischen usw. Minoritäten oder gar der Mehrheitsgesellschaft zu spannen.

²³ Wie sie in der Annäherung an die begrifflichen Definitionen vorgestellt wurden.

Kulturelle Inklusion und kulturelle Sicherheit sind in den unterschiedlichsten Kontexten und gesellschaftlichen Institutionen, von Schulen über Firmen bis hinein in die komplexesten Staatswesen von äußerster Relevanz. Die Grundprinzipien, die sie ermöglichen sollen, erscheinen allgemein, während die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung gewiss stark von der Komplexität des Umfeldes abhängen. Kulturelle Sicherheit bietet jedenfalls positive Rückwirkungen für Individuen, Gruppen, die Gesamtgesellschaft und das Staatswesen bzw. gegebenenfalls das politische System. So lässt sich zuvorderst sagen:

- dass ein Gefühl kultureller Sicherheit die Zufriedenheit betroffener Individuen mit ihrer Lebenssituation steigert, selbst wenn sie in wirtschaftlicher Hinsicht nicht unbedingt zu den am besten Gestellten gehören;
- dass, wenn diese Zufriedenheit mit der Lebenssituation für die Allgemeinheit – also die Mehrheitsgesellschaft wie Minderheitengruppen – zutrifft, dies eine günstige Basis ist für soziale Stabilität (wie die in China angestrebte „harmonische Gesellschaft“);
- dass aus der gesellschaftlichen Stabilität auch leichter politische Stabilität erwächst;
- dass kulturelle Sicherheit aus dieser Situation heraus – über eine bessere Akzeptanz staatlicher Entwicklungsmaßnahmen – deren Erfolgsquote erhöht.

Ein politisches System, das auf kulturelle Sicherheit achtet, wird mit wachsender Rücksicht auf lokale Befindlichkeiten, Partizipation, die soziale Gerechtigkeit und den gegenseitigen Respekt zur Grundlage des Handelns und Planens machen. Staaten oder Gesellschaften, die ihren Minderheiten und ethnischen Gruppen kulturelle Sicherheit vermitteln, drücken ihnen gegenüber mit dem Respekt auch Gleichrangigkeit aus, so dass sie auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Auf dieser Grundlage gegenseitigen Respekts und allgemeiner Akzeptanz erlangt ein Gemeinwesen kulturelle Vielfalt. In einer solchermaßen vielfältigen Gesellschaft werden demgemäß mittels gestärkter Partizipation, Toleranz, Respekt und sozialer Gerechtigkeit die Wahlmöglichkeiten für alle erhöht. Gesellschaftliche Teilhabe (sprachlicher und ethnischer Minderheiten) wird nur dann gerecht umgesetzt, wenn sie dem Prinzip der Inklusion verpflichtet ist. Auf diese Weise wird die Gemeinschaft mit menschlichen Fähigkeiten und Werten bereichert, die nicht nur wirtschaftliche Entwicklung befördern, sondern überhaupt zur Hauptantriebskraft einer nachhaltigen Entwicklung werden können. Denn es sind „Wissen und Kreativität, die als wichtiger Antrieb nachhaltiger Entwicklung angesehen werden. Die Stärkung kultureller Vielfalt ist somit eine Zukunftsinvestition. Inklusion erkennt die Verschiedenheit der Bedarfe und Bedürfnisse wie auch der Stärken und Potenziale aller Individuen und Gruppen an – Vielfalt wird zum Normalfall.“ (BKJ 2017) In China wird das Verhältnis der Han-Mehrheit zu den Minderheiten gern mit der Beziehung zwischen Eltern und Kindern oder zwischen älteren und jüngeren Brüdern umschrieben. Dieser unterstellten Analogie liegt allerdings durchaus eine konfuzianisch-patriarchalische Haltung zugrunde. Es wäre jedoch notwendig zu verstehen, dass die verschiedenen Kulturen in verschiedenen Umständen und Umgebungen geformt wurden, und zwar nicht nur in diesen Umständen, sondern auch wegen dieser, passten sich die ihr angehörenden Gruppen an und ließen sie so die Risiken und Gefahren bewältigen, denen sie ausgesetzt waren. Lokalkulturen in abgelegenen Regionen werden oft als rückständig beschrieben, doch können sie zumeist vielmehr als Ergebnis einer (einstmals) optimalen Anpassung an ihre Umgebung betrachtet werden. In der Kulturanthropologie wird das Wissen, das solches ermöglichte, als „indigenes Wissen“ und integraler Teil dieser Kulturen betrachtet. Da das indigene Wissen sowohl das

wirtschaftliche Wohlergehen als auch die gesellschaftliche Situation gestaltet und bewahrt, kann es als ein grundlegender Faktor für kulturelle Sicherheit und damit für soziale Stabilität gelten.

So umfasst kulturelle Sicherheit letztlich eine Reihe von Faktoren, die mehr als nur die leicht erkennbaren sichtbaren Charakteristika von „Minderheiten“ bzw. indigenen Kulturen umfassen. Sicherlich sind Sprache, Schrift, religiöse Überzeugungen und darauf basierende Werte für die Menschen von größter Bedeutung. Sie sind die Grundlage für ihre Handlungen, und fehlender Respekt vor ihnen oder sogar ihre Unterdrückung schafft fast zwangsläufig Opposition und in der Folge soziale Unruhe und politische Instabilität. Kulturelle Sicherheit hingegen, d. h. der Schutz und die Förderung von Lokal- bzw. Minderheitensprachen, von deren Schriftkultur und der religiösen Artikulation, ermöglicht gesellschaftliche Harmonie und politische Stabilität. Darüber hinaus verfügen traditionelle Werte und indigenes Wissen über einen beträchtlichen Erfahrungsschatz zur Stützung gesellschaftlicher Ordnung in Lokalkulturen. Weil diese es ihren Mitgliedern ermöglicht haben, in schwierigen Umgebungen zu überleben, kann auch die Mehrheitsgesellschaft von diesen Kenntnissen profitieren. Dies ist einer der Hauptgründe, warum die UNESCO – aber auch immer mehr Staaten, darunter auch China – versuchen, sie als sogenanntes immaterielles Kulturerbe zu schützen. Dies zeigt, dass die Politiker ihren Wert und die Notwendigkeit, sie zu schützen und zu bewahren immer mehr anzuerkennen bereit sind.

Ziel des vorliegenden Essays war es, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen, um darzulegen, dass kulturelle Sicherheit sowohl eine Notwendigkeit als auch eine Gelegenheit bietet, über gesellschaftliche Vielfalt und verbesserte Partizipation von Minderheitengruppen eine nachhaltigere Art der lokalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu entfalten. Diese hat wichtige Konsequenzen für die gesellschaftliche und politische Stabilität und damit für die Entfaltung einer harmonischeren sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Literatur

- BÉLANGER, Louis 1999: Redefining Cultural Diplomacy. Cultural Security and Foreign Policy in Canada, in: *Political Psychology* 20/4, S. 677–699.
- BKJ (Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung): Kulturelle Vielfalt und Inklusion. Internet: <https://www.bkj.de/kulturelle-bildung-dossiers/kulturelle-vielfalt-und-inklusion.html>, [15.04.2017].
- COHEN, David 2012: Hu: China in Cultural War, in: *The Diplomat* (05.01.2012). Internet: <http://thediplomat.com/2012/01/hu-china-in-cultural-war/>, [02.12.2016].
- DAHME, Heinz-Jürgen; WOHLFAHRT, Norbert 2015: *Soziale Dienstleistungspolitik. Eine kritische Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Department of Health/Government of Western Australia 2003: *Aboriginal Cultural Security. A Background Paper*. Internet: www.healthinfonet.ecu.edu.au/key-resources/bibliography/?lid=4230, [24.04.2017].
- DHCS (Department of Health and Community Services/Northern Territory Government) 2001: *Aboriginal Cultural Security. An Outline of the Policy and its Implementation*. Internet: www.nt.gov.au/health, [24.04.2017].
- EASTERLY, William 2006: *The White Man's Burden. Why the West's Efforts to Aid the Rest have Done so Much Ill and so Little Good*. London: Penguin Press.

- FORSTNER, Martin 1999: Samuel Huntingtons Brüder – Arabische Äußerungen zum Konflikt der Kulturen oder: Das Feindbild haben immer die Anderen!, in: DOSTAL, Walter; NIEDERLE, Helmuth Anton; WERNHART, Karl Rudolf (Hgg.), *Wir und die Anderen: Islam, Literatur und Migration*. Wien: WUV Universitätsverlag (= Wiener Beiträge zur Ethnologie und Anthropologie; 9), S. 81–98.
- GOODA, Mick 2011: *Social Justice Report 2011*. Sydney: Australian Human Rights Commission.
- GRUNFELD, A. Tom 2008: *Toward Knowledge – Not Just a Feeling – About Tibet*, in: *ASIANetwork Exchange. A Journal for Asian Studies in the Liberal Arts* 16/1, S. 26–36. Internet: <http://asianetwork.org/ane-archived-issues/2008-fall/anex2008-fall-grunfeld.pdf>, [13.06.2017].
- GRUNFELD, A. Tom 2015: *Cultural Security Among China's Ethnic Minorities: The Case of Tibet*. Keynote address, Sino-German Conference. *Cultural Inclusion in China and the World. Interrelations between the protection of cultural identity, social development and political stability*, 27–29 August 2015. Freiburg.
- HÄBERLE, Peter (Hg.) 1984: *Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart*. Neue Folge, 33. Tübingen.
- JACOBS, Fabian; KELLER, Ines 2017: *Internationale Konferenz Dimensionen kultureller Sicherheit bei ethnischen und sprachlichen Minderheiten*, 17.–19. November 2016, Bautzen, in: *Lětopis* 64/1, S. 134–137. Internet: www.serbski-institut.de/de/dnl/Programm-Konferenz-11-2016-SI.3406.pdf, [13.06.2017].
- JACOBS, Fabian; KELLER, Ines; CARBONNEAU, Jean-Rémi 2016: *Dimensionen kultureller Sicherheit bei nationalen/sprachlichen Minderheiten*. Einführungstext Internationales Symposium Kulturelle Sicherheit und Inklusion (ISCI 2), Sorbisches Institut. Bautzen, 17.–19. November 2016 (Manuskript).
- LI Kwok-sing [Li Gucheng] 1995: *A Glossary of Political Terms of the People's Republic of China*. Hong Kong: Chinese University Press.
- MILLER, Frederick A.; KATZ, Judith H. 2002: *The Inclusion Breakthrough: Unleashing the Real Power of Diversity*. San Francisco: Berrett-Koehler.
- MÜLLER, Matthias 2017: *Chinas Entwicklungsbemühungen im Westen. Die Herzen der Tibeter bleiben verschlossen*, in: *Neue Zürcher Zeitung* (19.05.2017). Internet: <https://www.nzz.ch/international/chinas-entwicklungsbemuehungen-im-westen-die-herzen-der-tibeter-bleiben-verschlossen-ld.1294770>, [03.06.2017].
- NEMETH, Erik 2013: *What is cultural security?* Internet: <http://culturalsecurity.blogspot.ch/2013/04/what-is-cultural-security.html>, [24.04.2017].
- NEMETH, Erik 2015: *Cultural Security: Evaluating the Power of Culture in International Affairs*. London: Imperial College Press.
- OAHPE (Office of Aboriginal Health Policy and Engagement/NT Government) 2016: *Northern Territory Health Aboriginal Cultural Security Policy*. Internet: <https://nacchocommunique.files.wordpress.com/2016/12/northern-territory-health-aboriginal-cultural-security-policy.pdf>, [24.04.2017].
- OFFENHEISER, Raymond C.; HOLCOMBE, Susan H. 2003: *Challenges and Opportunities in Implementing a Rights-Based Approach to Development. An Oxfam American Perspective*, in: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 32/2, S. 268–306. Internet: <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/0899764003032002006>, [02.05.2017].
- Senioren-Union NRW CDU 2016: *Thesenpapier Kulturelle Sicherheit*. Internet: www.senioren-union-nrw.de/image/inhalte/file/Thesenpapier%20Kulturelle%20Sicherheit%20-%20verabschiedet%20am%2029_08_2016.pdf, [03.04.2017].

- Verfassung 1954: Verfassung der Volksrepublik China vom 20. September 1954. Internet: <http://www.verfassungen.net/rc/verf54-i.htm>, [15.06.2017].
- Verfassung 1975: Verfassung der Volksrepublik China vom 20. September 1954. Internet: <http://www.verfassungen.net/rc/verf75-i.htm>, [15.06.2017].
- Verfassung 1982: The Constitution of the People's Republic of China. Adopted on December 4, 1982 by the Fifth National People's Congress of the People's Republic of China at Its Fifth Session. Beijing 1983.
- Verfassung 2004: Constitution of the People's Republic of China. Full text after amendment on March 14, 2004. Internet: http://www.npc.gov.cn/englishnpc/Constitution/2007-11/15/content_1372963.htm, [15.06.2017].
- WANG Guanqun (Hg.) 2011: China's cultural security lies in openness and exchanges, in: Xinhua (27.10.2011). Internet: http://news.xinhuanet.com/english2010/indepth/2011-10/27/c_131215084.htm, [02.12.2016].
- WONG, Edward 2010: Tibetans in China Protest Proposed Curbs on Their Language, in: New York Times (22.10.2010). Internet: <http://www.nytimes.com/2010/10/23/world/asia/23china.html>, [25.05.2017].
- ZENG Benxiang; RYAN, Chris 2012: Assisting the poor in China through tourism development: A review of research, in: *Tourism Management* 33, S. 239–248.
- ZENZ, Adrian 2017: Problematic Privilege in Xinjiang. Xinjiang's removal of the added points policy for university entrance is not all bad news for its ethnic minorities, in: *The Diplomat* (05.06.2017). Internet: <http://thediplomat.com/2017/06/problematic-privilege-in-xinjiang/>, [14.06.2017].

Schlüsselwörter: Kulturelle Sicherheit, Inklusion, China, Minderheiten, Entwicklung, Tibeter, Xinjiang